

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Karina Schorn, Dipl.-Verwaltungswirtin Margitta von Schwartzberg

Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005

Die vorläufigen amtlichen Ergebnisse der fünften gesamtdeutschen Bundestagswahl 2005 lagen wegen der Nachwahl im Wahlkreis 160 (Dresden I) für das gesamte Bundesgebiet erst am Abend des 2. Oktober 2005 vor. Die endgültigen Ergebnisse wurden durch die Kreis- und Landeswahlausschüsse in der Zeit vom 21. September bis 5. Oktober 2005 und durch den Bundeswahlausschuss am 7. Oktober 2005 festgestellt.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen Ausführungen über die zugelassenen Wahlvorschläge, die Zahl der Wahlberechtigten und die Wahlbeteiligung, die gültigen und ungültigen Stimmen (Erst- und Zweitstimmen) sowie die Stimmabgabe nach Parteien. Die beiden letzten Kapitel enthalten einen Überblick über die in den Wahlkreisen Gewählten und die Sitzverteilung nach dem geltenden Berechnungsverfahren Niemeyer.

Für alle Interessenten sei noch auf den schnellen Zugriff auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters unter der Internetadresse <http://www.bundeswahlleiter.de> hingewiesen. Hier sind auch alle Wahlkreis- und Landesergebnisse zu finden.

Wahlvorschläge

In seiner ersten Sitzung am 12. August 2005 hatte der Bundeswahlausschuss für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages festgestellt, dass acht Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind. Außerdem wurden vom Bundeswahlausschuss von den 56¹⁾ Vereinigungen, die nach § 18 Abs. 2

des Bundeswahlgesetzes in Verbindung mit § 1 Nr. 1 Buchstabe a) der Verordnung über die Abkürzung von Fristen im Bundeswahlgesetz für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag bis spätestens am 47. Tag vor der Wahl (2. August 2005) ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt hatten, 27 Vereinigungen nicht als Parteien anerkannt, weil es sich bei ihnen um Vereinigungen handelte, die nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der nach dem Parteiengesetz zu erfüllenden Zielsetzung – „dauernd oder für längere Zeit auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen zu wollen“ – boten. Von den insgesamt 34 für die Bundestagswahl 2005 zugelassenen bzw. anerkannten Parteien reichten drei keine Wahlvorschläge ein bzw. ihre Wahlvorschläge wurden nicht zugelassen.

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 konnten daher die Wähler ihre Stimmen für die in der Übersicht auf der folgenden Seite aufgeführten Parteien abgeben.

60 Wahlbewerber waren als Wählergruppen bzw. Einzelbewerber zur Wahl in den 299 Wahlkreisen angetreten.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2005 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,9 Mill. Personen wahl-

1) 3 Vereinigungen zogen ihre Anzeige über die Beteiligung an der Wahl vor der Entscheidung des Bundeswahlausschusses zurück.

Übersicht: An der Bundestagswahl am 18. September 2005 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in ...	Wahlkreisbewerber in ...
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer Bayern	allen Wahlkreisen außer Bayern
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen in Bayern
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 058 Oberhavel – Havelland II und 090 Heinsberg
Freie Demokratische Partei (FDP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Die Linkspartei. (Die Linke.)	allen Ländern	290 Wahlkreisen in allen Ländern
Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Offensive D)	Sachsen-Anhalt	1 Wahlkreis in Brandenburg und 6 Wahlkreisen in Sachsen-Anhalt
DIE REPUBLIKANER (REP)	Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	15 Wahlkreisen (3 in Berlin, 2 in Nordrhein-Westfalen, 3 in Sachsen, 1 in Hessen, 3 in Rheinland-Pfalz und 3 in Bayern)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	295 Wahlkreisen in allen Ländern
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)	Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen	4 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)	allen Ländern außer Schleswig-Holstein, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Rheinland-Pfalz	4 Wahlkreisen in Baden-Württemberg
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	44 Wahlkreisen (1 in Mecklenburg-Vorpommern, 1 in Hamburg, 6 in Niedersachsen, 1 in Sachsen-Anhalt, 4 in Nordrhein-Westfalen, 3 in Sachsen, 3 in Hessen, 1 in Thüringen, 4 in Rheinland-Pfalz, 10 in Bayern und 10 in Baden-Württemberg)
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	Bremen, Berlin, Bayern	1 Wahlkreis in Berlin
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)	Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg, Saarland	29 Wahlkreisen (6 in Schleswig-Holstein, 2 in Brandenburg, 5 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Hessen, 2 in Thüringen, 5 in Bayern, 4 in Baden-Württemberg und 4 im Saarland)
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg	38 Wahlkreisen (11 in Berlin, 14 in Sachsen, 1 in Hessen, 10 in Bayern und 2 in Baden-Württemberg)
Bayernpartei (BP)	Bayern	8 Wahlkreisen in Bayern
Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM)	Nordrhein-Westfalen	1 Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen
Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“ (Deutschland)	Nordrhein-Westfalen	2 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit (AGFG)	Sachsen	1 Wahlkreis in Niedersachsen
Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD)	Hamburg, Berlin	3 Wahlkreisen in Berlin und 1 in Sachsen
50Plus-Bürger- und Wählerinitiative für Brandenburg (50Plus)	Brandenburg	keine
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	allen Ländern	36 Wahlkreisen (1 in Mecklenburg-Vorpommern, 2 in Niedersachsen, 4 in Sachsen-Anhalt, 1 in Berlin, 15 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Sachsen, 2 in Hessen, 2 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 1 in Bayern, 5 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland)
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)	Hamburg, Berlin	8 Wahlkreisen (3 in Berlin, 4 in Nordrhein-Westfalen und 1 in Baden-Württemberg)
Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen	keine
Pro Deutsche Mitte - Initiative Pro D-Mark - (Pro DM)	Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt	keine
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	keine	1 Wahlkreis in Hessen
Deutsche Soziale Union (DSU)	keine	3 Wahlkreisen in Sachsen
Humanistische Partei (HP)	keine	6 Wahlkreisen (2 in Berlin, 3 in Nordrhein-Westfalen und 1 in Bayern)
HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI	keine	1 Wahlkreis in Sachsen
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)	keine	1 Wahlkreis in Niedersachsen
UNABHÄNGIGE KANDIDATEN ... für Direkte Demokratie + bürgernahe Lösungen (UNABHÄNGIGE)	keine	9 Wahlkreisen (1 in Niedersachsen, 3 in Berlin, 1 in Sachsen, 1 in Hessen und 3 in Bayern)

berechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,0 Mill. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 77,7%. Damit lag die Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1%) und um 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2%). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung in acht Ländern, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4%, in Schleswig-Holstein mit 79,1%, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7%, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3% und in Bayern mit 77,9%. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 71,0% und 77,5%, mit dem niedrigsten Wert in Sachsen-Anhalt. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei der Bundestagswahl 2002 hatten alle neuen Länder eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufgewiesen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt		
	1998	2002	2005
Baden-Württemberg	83,1	81,1	78,7
Bayern	79,2	81,5	77,9
Berlin	81,1	77,6	77,4
Brandenburg	78,1	73,7	74,9
Bremen	82,1	78,8	75,5
Hamburg	81,1	79,6	77,5
Hessen	84,2	80,1	78,7
Mecklenburg-Vorpommern ..	79,4	70,6	71,2
Niedersachsen	83,9	81,0	79,4
Nordrhein-Westfalen	83,9	80,3	78,3
Rheinland-Pfalz	83,9	80,0	78,7
Saarland	84,8	80,0	79,4
Sachsen	81,6	73,7	75,7
Sachsen-Anhalt	77,1	68,8	71,0
Schleswig-Holstein	82,4	80,7	79,1
Thüringen	82,3	74,8	75,5
Deutschland ...	82,2	79,1	77,7

Unter bestimmten Voraussetzungen konnten Deutsche im Ausland an der Bundestagswahl 2005 teilnehmen.²⁾ Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis bei der letzten Heimatgemeinde in Deutschland erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter sind 54 808 solcher Anträge, die in der Gesamtzahl der 61,9 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden. Aus den Staaten der Europäischen Union wurden 27 601 und aus den übrigen Europaratstaaten 14 166 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 63 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 543, aus denen Amerikas 6 990, aus denen Asiens 3 590 und aus denen Ozeaniens sowie aus Australien 822 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

Gültige und ungültige Stimmen

Gültige Erststimmen

Bei der Bundestagswahl 2005 wurden insgesamt 47 194 062 gültige Erststimmen (2002: 47 841 724) abgegeben. Diese

Tabelle 2: Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2005

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Früheres Bundesgebiet				
Wahlberechtigte	49 704 562	100	49 704 562	100
Wähler	39 008 851	78,5	39 008 851	78,5
Ungültige Stimmen	673 139	1,7	592 838	1,5
Gültige Stimmen	38 335 712	100	38 416 013	100
SPD	15 313 459	39,9	13 494 029	35,1
CDU	12 837 220	33,5	10 891 654	28,4
CSU	3 889 990	10,1	3 494 309	9,1
GRÜNE	2 188 898	5,7	3 379 648	8,8
FDP	1 756 435	4,6	3 936 002	10,2
Die Linke.	1 517 946	4,0	1 874 397	4,9
Offensive D	–	–	–	–
REP	32 593	0,1	234 975	0,6
NPD	523 783	1,4	429 476	1,1
Die Tierschutzpartei .	7 341	0,0	110 603	0,3
GRAUE	6 340	0,0	152 802	0,4
PBC	47 286	0,1	89 075	0,2
DIE FRAUEN	1 327	0,0	23 149	0,1
FAMILIE	63 894	0,2	191 842	0,5
BüSo	13 161	0,0	19 167	0,0
BP	16 047	0,0	35 543	0,1
ZENTRUM	1 297	0,0	4 010	0,0
Deutschland	1 473	0,0	9 643	0,0
AGFG	570	0,0	–	–
APPD	767	0,0	2 678	0,0
MLPD	9 365	0,0	23 247	0,1
Die PARTEI	6 213	0,0	7 066	0,0
PSG	–	–	8 168	0,0
Pro DM	–	–	4 530	0,0
CM	1 011	0,0	–	–
HP	1 331	0,0	–	–
STATT Partei	496	0,0	–	–
UNABHÄNGIGE	10 189	0,0	–	–
Übrige	87 280	0,2	–	–
Neue Länder und Berlin-Ost				
Wahlberechtigte	12 166 149	100	12 166 149	100
Wähler	9 035 283	74,3	9 035 283	74,3
Ungültige Stimmen	176 933	2,0	163 308	1,8
Gültige Stimmen	8 858 350	100	8 871 975	100
SPD	2 815 641	31,8	2 700 636	30,4
CDU	2 553 730	28,8	2 245 086	25,3
GRÜNE	350 015	4,0	458 678	5,2
FDP	452 096	5,1	712 142	8,0
Die Linke.	2 246 222	25,4	2 243 797	25,3
Offensive D	5 401	0,1	3 338	0,0
REP	6 085	0,1	31 126	0,4
NPD	333 994	3,8	319 092	3,6
Die Tierschutzpartei .	–	–	–	–
GRAUE	–	–	45 799	0,5
PBC	9 741	0,1	19 530	0,2
DIE FRAUEN	–	–	4 348	0,0
FAMILIE	12 170	0,1	–	–
BüSo	27 823	0,3	16 482	0,2
ZENTRUM	–	–	–	–
AGFG	–	–	21 350	0,2
APPD	2 251	0,0	1 555	0,0
50Plus	–	–	10 536	0,1
MLPD	7 115	0,1	21 991	0,2
Die PARTEI	710	0,0	3 313	0,0
PSG	–	–	7 437	0,1
Pro DM	–	–	5 739	0,1
DSU	1 655	0,0	–	–
HP	698	0,0	–	–
HUMANWIRTSCHAFTS- PARTEI	639	0,0	–	–
UNABHÄNGIGE	1 514	0,0	–	–
Übrige	30 850	0,3	–	–

2) Siehe Schorn, K./von Schwartzberg, M.: „Grundlagen und Daten der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005“ in WiSta 8/2005, S. 865 ff., hier: S. 869 f.

entscheiden darüber, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Vergleicht man die Erststimmen der SPD, CDU und CSU mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2002, so hat die SPD 3,5 Prozentpunkte verloren, die CDU 0,5 Prozentpunkte mehr erreicht und die CSU 0,8 Prozentpunkte weniger erzielt. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die SPD in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes mit 39,9% einen um 8,1 Prozentpunkte höheren Erststimmenanteil erzielte als in den Wahlkreisen der neuen Länder und Berlin-Ost mit 31,8%. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die SPD mit 42,6% in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes lediglich einen um 3,5 Prozentpunkte höheren Anteil als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (39,1%). Die SPD verlor also im früheren Bundesgebiet 2,7 Prozentpunkte ihres Erststimmenanteils und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 7,3 Prozentpunkte.

Die CDU erzielte mit 33,5% in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes (ohne Einbeziehung der Wähler in Bayern, wo die CDU nicht antrat) einen um 4,7 Prozentpunkte höheren Anteil als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (28,8%; siehe Tabelle 2). Gegenüber 2002 verzeichnete die CDU Erststimmengewinne (1,1 Prozentpunkte) im früheren Bundesgebiet gegenüber Erststimmenverlusten (1,5 Prozentpunkte) in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Wie Tabelle 3 zeigt, hat die SPD – ähnlich wie bei früheren Wahlen – auch bei der Bundestagswahl 2005 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (+ 1 934 435). Ihr Erststimmenanteil von 38,4% lag um 4,2 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CDU erhielt 2 254 210 (+ 4,8 Prozentpunkte) mehr Erst- als Zweitstimmen. Die CSU hat knapp 400 000 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (2002 verzeichnete die CSU noch rund 4 000 weniger Erst- als Zweitstimmen). Bei den GRÜNEN waren es 1 299 413 (- 2,7 Prozentpunkte) weniger Erst- als Zweitstimmen. Auch bei der Bundestagswahl 2002 hatten die GRÜNEN einen niedrigeren Erst- als Zweitstimmenanteil. Auf die FDP entfielen 2 439 613 mehr Zweit- als Erststimmen (2002 waren es nur etwa ein Drittel so viele). Die Linke.³⁾ erhielt bei der Bundestagswahl 2005 rund 354 000 mehr Zweit- als Erststimmen, während sie bei der Bundestagswahl 2002 noch rund 163 000 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten hatte.

Bei den Bundestagswahlen vor der deutschen Vereinigung hatten – von Sonderfällen abgesehen – nur Wahlkreisandidaten der SPD, CDU und CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl 1990 hatten auch die FDP und PDS in je einem Wahlkreis das Direktmandat errungen. Wie bereits 1994 erhielt bei der Bundestagswahl 1998 – außer SPD, CDU und CSU – die PDS vier Direktmandate, und zwar in den Wahlkreisen 249⁴⁾ (Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg) mit 36,6%, 258⁴⁾ (Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg) mit 42,2%, 260⁴⁾ (Berlin-Hellersdorf – Mar-

zahn) mit 46,7% und 261⁴⁾ (Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee) mit 35,8%. Bei der Bundestagswahl 2002 konnte die PDS nur noch zwei Direktmandate erringen, und zwar im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) mit 37,7% und im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) mit 39,6%; bei der Bundestagswahl 2005 gewann Die Linke drei Direktmandate, und zwar außer in den Wahlkreisen 86 und 87 noch im Wahlkreis 85 (Berlin-Treptow – Köpenick). Viele Anhänger der übrigen Parteien dürften ihre Erststimmen nicht den Wahlkreisandidaten ihrer Partei, sondern einem „aussichtsreichen“ Wahlkreisbewerber gegeben haben. Das erklärt teilweise, weshalb die SPD seit 1953 sowie die CDU seit 1957 jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben. Wie bei der Bundestagswahl 2002 konnten die GRÜNEN auch 2005 ein Wahlkreismandat erringen, der Bewerber war jeweils im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost) erfolgreich, bei der Bundestagswahl 2005 mit 43,3%.

Tabelle 3: Differenz Erst- zu Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 nach Parteien

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
SPD	18 129 100	38,4	16 194 665	34,2	+ 1 934 435	+ 4,2
CDU	15 390 950	32,6	13 136 740	27,8	+ 2 254 210	+ 4,8
CSU	3 889 990	8,2	3 494 309	7,4	+ 395 681	+ 0,8
GRÜNE	2 538 913	5,4	3 838 326	8,1	- 1 299 413	- 2,7
FDP	2 208 531	4,7	4 648 144	9,8	- 2 439 613	- 5,1
Die Linke.	3 764 168	8,0	4 118 194	8,7	- 354 026	- 0,7
Sonstige	1 272 410	2,7	1 857 610	3,9	- 585 200	- 1,2
Insgesamt ...	47 194 062	100	47 287 988	100	- 93 926	X

Gültige Zweitstimmen

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 47 287 988 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten:

	Anzahl	%
SPD	16 194 665	34,2
CDU	13 136 740	27,8
CSU	3 494 309	7,4
GRÜNE	3 838 326	8,1
FDP	4 648 144	9,8
Die Linke.	4 118 194	8,7

3) Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.
4) In der Abgrenzung der für 1994 bzw. 1998 gültigen Wahlkreiseinteilung.

Die restlichen 1 857 610 gültigen Zweitstimmen verteilten sich auf die folgenden Parteien:

	Anzahl	%
Offensive D	3 338	0,0
REP	266 101	0,6
NPD	748 568	1,6
Die Tierschutzpartei	110 603	0,2
GRAUE	198 601	0,4
PBC	108 605	0,2
DIE FRAUEN	27 497	0,1
FAMILIE	191 842	0,4
BüSo	35 649	0,1
BP	35 543	0,1
ZENTRUM	4 010	0,0
Deutschland	9 643	0,0
AGFG	21 350	0,0
APPD	4 233	0,0
50Plus	10 536	0,0
MLPD	45 238	0,1
Die PARTEI	10 379	0,0
PSG	15 605	0,0
Pro DM	10 269	0,0

Die SPD, die 2005 34,2% aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, war bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 2002 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, bei der ihr Zweitstimmenanteil 38,5% betragen hatte, verlor sie jedoch 4,3 Prozentpunkte.

Stimmenverluste von 8,8 bis 10,6 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen Stimmenverluste von lediglich 0,6 bis 5,7 Prozentpunkten (abgesehen vom Saarland mit 12,7 Prozentpunkten) in den alten Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 2002 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinnehmen. Die SPD wurde trotzdem – wie bei der Bundestagswahl 2002 – in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenanteil von 27,8%. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2002 1,7 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Schleswig-Holstein (0,4 Prozentpunkte) und Hamburg (0,8 Prozentpunkte) verzeichnete die CDU leichte Gewinne. In allen anderen Bundesländern musste sie Verluste zwischen 0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen und 4,8 Prozentpunkten im Saarland hinnehmen.

Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2005 ein erheblicher Verlust des Zweitstimmenanteils, und zwar von 58,6% (2002) auf 49,2% der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2005 nur noch 7,4% aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN erhielten 2005 8,1% aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit 0,5 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Sie hatten aber in sieben Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Die FDP erreichte 2005 9,8% der gültigen Zweitstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2002. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenan-

Tabelle 4: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern
Prozent

Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU/ CSU ²⁾	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige
Schleswig-Holstein						
BW 2002	42,9	36,0	9,4	8,0	1,3	2,4
LW 2005 ¹⁾	38,7	40,2	6,2	6,6	0,8	7,5
BW 2005	38,2	36,4	8,4	10,1	4,6	2,2
Mecklenburg-Vorpommern						
BW 2002	41,7	30,3	3,5	5,4	16,3	2,8
LW 2002 ¹⁾	40,6	31,4	2,6	4,7	16,4	4,3
BW 2005	31,7	29,6	4,0	6,3	23,7	4,8
Hamburg						
BW 2002	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1	4,8
LW 2004	30,5	47,2	12,3 ³⁾	2,8	–	7,1
BW 2005	38,7	28,9	14,9	9,0	6,3	2,2
Niedersachsen						
BW 2002	47,8	34,5	7,3	7,1	1,0	2,2
LW 2003 ¹⁾	33,4	48,3	7,6	8,1	0,5	2,0
BW 2005	43,2	33,6	7,4	8,9	4,3	2,6
Bremen						
BW 2002	48,6	24,6	15,0	6,7	2,2	2,9
LW 2003	42,3	29,8	12,8	4,2	1,7	9,2
BW 2005	42,9	22,8	14,3	8,1	8,4	3,5
Brandenburg						
BW 2002	46,4	22,3	4,5	5,8	17,2	3,8
LW 2004 ¹⁾	31,9	19,4	3,6 ⁶⁾	3,3	28,0	13,8
BW 2005	35,8	20,6	5,1	6,9	26,6	5,1
Sachsen-Anhalt						
LW 2002 ¹⁾	20,0	37,3	2,0	13,3	20,4	7,1
BW 2002	43,2	29,0	3,4	7,6	14,4	2,4
BW 2005	32,7	24,7	4,1	8,1	26,6	3,9
Berlin						
LW 2001 ¹⁾	29,7	23,8	9,1	9,9	22,6	5,0
BW 2002	36,6	25,9	14,6	6,6	11,4	4,9
BW 2005	34,3	22,0	13,7	8,2	16,4	5,4
Nordrhein-Westfalen						
BW 2002	43,0	35,1	8,9	9,3	1,2	2,5
LW 2005	37,1	44,8	6,2	6,2	0,9	4,8
BW 2005	40,0	34,4	7,6	10,0	5,2	2,8
Sachsen						
BW 2002	33,3	33,6	4,6	7,3	16,2	5,1
LW 2004 ¹⁾	9,8	41,1	5,1	5,9	23,6	14,5
BW 2005	24,5	30,0	4,8	10,2	22,8	7,7
Hessen						
BW 2002	39,7	37,1	10,7	8,2	1,3	2,9
LW 2003 ¹⁾	29,1	48,8	10,1	7,9	–	4,1
BW 2005	35,6	33,7	10,1	11,7	5,3	3,6
Thüringen						
BW 2002	39,9	29,4	4,3	5,9	17,0	3,6
LW 2004 ¹⁾	14,5	43,0	4,5	3,6	26,1	8,3
BW 2005	29,8	25,7	4,8	7,9	26,1	5,7
Rheinland-Pfalz						
LW 2001 ¹⁾	44,7	35,3	5,2	7,8	–	6,9
BW 2002	38,2	40,2	7,9	9,3	1,0	3,3
BW 2005	34,6	36,9	7,3	11,7	5,6	3,9
Bayern						
BW 2002	26,1	58,6	7,6	4,5	0,7	2,4
LW 2003 ³⁾	19,6	60,7	7,7	2,6	–	9,4
BW 2005	25,5	49,2	7,9	9,5	3,4	4,5
Baden-Württemberg						
LW 2001	33,3	44,8	7,7	8,1 ⁹⁾	–	6,1
BW 2002	33,5	42,8	11,4	7,8	0,9	3,6
BW 2005	30,1	39,2	10,7	11,9	3,8	4,3
Saarland						
BW 2002	46,0	35,0	7,6	6,4	1,4	3,7
LW 2004	30,8	47,5	5,6	5,2	2,3	8,6
BW 2005	33,3	30,2	5,9	7,4	18,5	4,7
Deutschland						
BW 2005	34,2	35,2 ⁷⁾	8,1	9,8	8,7	3,9

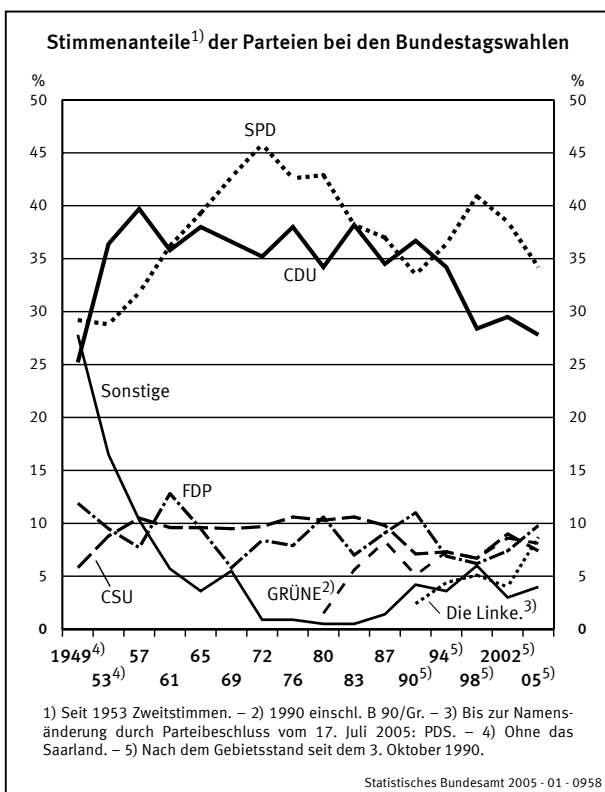
1) Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) GRÜNE/GAL. – 4) GRÜNE/B90. – 5) Gesamtstimmen. – 6) FDP/DVP. – 7) Davon CSU 7,4%.

teile zwischen 0,5 Prozentpunkten (in Sachsen-Anhalt) und 5,0 Prozentpunkten (in Bayern) hinzu.

Die Linke. erhielt bei der Bundestagswahl 2005 8,7% der gültigen Zweitstimmen und schaffte es so – anders als 2002 mit einem Zweitstimmenanteil von 4,0% – die Sperrklausel (sog. 5%-Hürde) zu überwinden. Die Linke. konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 2,7 Prozentpunkten (in Bayern) und 17,1 Prozentpunkten (im Saarland). Den zweithöchsten Gewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 12,2 Prozentpunkten.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der großen Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und die der verbleibenden Parteien (GRÜNE, FDP und Die Linke.) zusammen, ergeben sich für die Koalition 69,4% und für die verbleibende Opposition 26,6%. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU und FDP) 1,2 Prozentpunkte betragen. Die nicht an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmenden Parteien haben zusammen 3,9%⁵⁾ der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen können. Ausführliche Ergebnisse nach Ländern enthält die Anhangtabelle auf S. 1164 ff.

Schaubild 1



Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,

- keine Kennzeichnung enthält,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Wahlumschlag oder in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst gelten sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Diese Fallgestaltungen konnten nur bei der Briefwahl vorkommen, da seit der Bundestagswahl 2002 für die Urnenwahl keine Wahlumschläge verwendet werden.

Ungültig waren bei der Bundestagswahl 2005 von den Erststimmen 850 072 oder 1,8% und von den Zweitstimmen 756 146 oder 1,6%.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5% und war damit gegenüber den Vorjahren leicht angestiegen, aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972 mit wesentlich weniger Wählern. Das Gleiche galt für den Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,1%. 1994 betrug der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7%, von den Zweitstimmen waren 1,3% ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen war damit 1994 im Vergleich zu 1990 sowohl für Erst- als auch für Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte angestiegen.

Tabelle 5: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wahljahr¹)	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953²)	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990	720 990	1,5	540 143	1,1
1994	788 643	1,7	632 825	1,3
1998	780 507	1,6	638 575	1,3
2002	741 037	1,5	586 281	1,2
2005	850 072	1,8	756 146	1,6

1) Ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 2) Ohne das Saarland.

5) In verschiedenen Veröffentlichungen wird der gerundete Wert 4,0% angegeben.

1998 war der Anteil der ungültigen Erststimmen gegenüber 1994 geringfügig um 0,1% zurückgegangen und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,3% gleich geblieben. Bei der Bundestagswahl 2002 war sowohl der Anteil der ungültigen Erst- als auch der ungültigen Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen, während bei der Bundestagswahl 2005 der Anteil der ungültigen Erststimmen um 0,3 und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen um 0,4 Prozentpunkte anstieg (siehe Tabelle 5). Den höchsten Anteil an ungültigen Stimmen hatte das Saarland mit 2,7% bei den Erststimmen und 2,5% bei den Zweitstimmen. Über der 2%-Marke lagen die Anteile der ungültigen Erststimmen und Zweitstimmen in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

Die Art der ungültigen Stimmen wird aus den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik zu ersehen sein, die Anfang 2006 vorliegen wird. So wird hier zum Beispiel festgestellt, bei wie vielen Wählern beide Stimmen oder nur eine der beiden Stimmen ungültig waren. Ohne ergänzende Motivforschung ist eine darüber hinausgehende Analyse über die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln im Rahmen dieser Statistik nur in begrenztem Umfang möglich.

Anteil der Briefwähler

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern lag nach dem amtlich festgestellten Endergebnis mit 18,6% um 0,6 Prozentpunkte höher als 2002 und erreicht damit den höchsten Wert seit Einführung der Briefwahl.

Zum Vergleich die Zahlen des Anteils der Briefwähler bei vorangegangenen Bundestagswahlen:

1957 ⁶⁾ :	4,9%,
1990:	9,4%,
1994:	13,4%,
1998:	16,0%,
2002:	18,0%.

Der Trend zur verstärkten Nutzung der Briefwahl hält also an. Auffallend ist dabei, dass die Briefwahlquoten in den fünf neuen Bundesländern zum Teil deutlich niedriger ausgefallen sind als in den Ländern des früheren Bundesgebietes (einschl. Berlin-Ost): Sie reichen von 12,0% (Mecklenburg-Vorpommern) bis 14,9% (Sachsen). In den alten Bundesländern lagen die Quoten zwischen 15,0% (Schleswig-Holstein) und 24,0% (Hamburg). In Hamburg, Niedersachsen, Berlin, Hessen und in Bayern wählten 2005 weniger Wahlberechtigte per Brief als 2002.⁷⁾

Im Wahlkreis Gewählte

Die Erststimme entspricht der Entscheidung der Wähler für einen Wahlkreiskandidaten. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält (relative Mehrheit). Die Verteilung der gültigen Erststimmenanteile bei

Tabelle 6: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr ²⁾	Ins-gesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige
1949	242	96	91	24	–	12	–	19 ³⁾
1953	242	45	130	42	–	14	–	11 ³⁾
1957	247	46	147	47	–	1	–	6 ⁴⁾
1961	247	91	114	42	–	–	–	–
1965	248	94	118	36	–	–	–	–
1969	248	127	87	34	–	–	–	–
1972	248	152	65	31	–	–	–	–
1976	248	114	94	40	–	–	–	–
1980	248	127	81	40	–	–	–	–
1983	248	68	136	44	–	–	–	–
1987	248	79	124	45	–	–	–	–
1990	328	91	192	43	–	1	1	–
1994	328	103	177	44	–	–	4	–
1998	328	212	74	38	–	–	4	–
2002	299	171	82	43	1	–	2	–
2005	299	145	106	44	1	–	3	–

1) 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 2) Davon BP: 11; DP: 5; Wählergruppen: 3. – 3) Davon DP: 10; Zentrum: 1. – 4) DP.

den Bundestagswahlen seit 1969 zeigt Schaubild 2 auf S. 1161.

Die SPD hat 145 Wahlkreise gewonnen, auf die CDU entfielen 106 und auf die CSU 44. Die GRÜNEN errangen einen Wahlkreis und Die Linke. erreichte drei Wahlkreissitze (siehe Tabelle 6). Wie Tabelle 7 zeigt, ging bei der Bundestagswahl 2005 in 24 Wahlkreisen die Erststimmenehrlichkeit von der SPD an die CDU über. Von der SPD an Die Linke. wechselte ein Wahlkreis. Die SPD hatte 2002 171, die CDU 82, die CSU 43, Die Linke. zwei Wahlkreissitze und die GRÜNEN einen Wahlkreissitz.

Die SPD gewann von ihren 145 Wahlkreisen 39 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 117 (Duisburg II) errang sie mit 61,6% ihren höchsten Erststimmenanteil. 32 ihrer Wahlkreisgewinner konnten mit weniger als 40% der Wähler ihr Mandat gewinnen. Mit nur 28,4% der gültigen Erststimmen siegte der SPD-Kandidat im Wahlkreis 164 (Chemnitz). Insgesamt fielen 48,5% aller Wahlkreise der SPD zu. In den Ländern Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland gewann sie alle Wahlkreise.

Von ihren 106 Wahlkreisen hat die CDU 21 mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 33 (Cloppenburg – Vechta) errang ihr Wahlkreisbewerber 64,4% der gültigen Erststimmen. In 22 Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber weniger als 40% der gültigen Erststimmen für den Sieg im Wahlkreis. Im Wahlkreis 192 (Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I) genügte zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 30,9%. In Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland konnte die CDU keinen Wahlkreis gewinnen.

Die CSU errang von ihren 44 Wahlkreisen 34 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 232 (Straubing) erreichte sie mit 68,0% ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 245

6) Einführung der Möglichkeit der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 durch das „dritte“ Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956.

7) Siehe Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Sonderheft „Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland“.

Tabelle 7: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2005, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2002 zu 2005 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen						2005 gegenüber 2002		
		CDU		SPD		Die Linke.		CDU	SPD	Die Linke.
		2005	2002 ¹⁾	2005	2002 ¹⁾	2005	2002 ¹⁾			
Nr.	Name	%						Prozentpunkte		
Übergang von der SPD an die CDU										
003	Steinburg – Dithmarschen Süd	44,9	43,0	41,2	45,8	X	X	+1,9	-4,6	X
004	Rendsburg-Eckernförde	44,1	40,4	43,7	48,1	X	X	+3,7	-4,4	X
007	Pinneberg	44,2	41,0	42,8	46,4	X	X	+3,2	-3,6	X
008	Segeberg – Stormarn-Nord ..	43,9	40,5	42,6	46,7	X	X	+3,4	-4,1	X
010	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	44,4	42,3	44,1	46,1	X	X	+2,1	-2,0	X
018	Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz – Uecker-Randow	31,3	32,2	29,7	37,8	X	X	-0,9	-8,1	X
080	Berlin-Steglitz – Zehlendorf	40,0	38,4	38,7	40,8	X	X	+1,6	-2,2	X
091	Düren	45,0	43,3	42,8	45,5	X	X	+1,7	-2,6	X
098	Rhein-Sieg-Kreis I	45,5	40,9	41,4	44,2	X	X	+4,6	-2,8	X
105	Mettmann I	47,3	42,3	39,7	42,8	X	X	+5,1	-3,1	X
107	Düsseldorf I	44,6	40,3	40,6	44,1	X	X	+4,2	-3,5	X
109	Neuss I	47,7	43,6	40,3	44,7	X	X	+4,1	-4,5	X
155	Leipziger Land – Muldentalkreis	34,9	35,0	29,6	39,7	X	X	-0,2	-10,1	X
184	Frankfurt am Main II	37,3	35,4	33,7	35,6	X	X	+1,9	-1,9	X
186	Offenbach	43,7	43,0	40,0	43,4	X	X	+0,7	-3,5	X
188	Odenwald	42,0	41,2	41,9	45,6	X	X	+0,7	-3,7	X
189	Bergstraße	44,4	43,4	41,8	45,3	X	X	+0,9	-3,5	X
192	Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I	30,9	30,7	29,5	41,8	X	X	+0,1	-12,3	X
196	Greiz – Altenburger Land	31,7	33,2	30,2	39,0	X	X	-1,5	-8,8	X
203	Kreuznach	43,0	40,1	41,7	47,1	X	X	+2,9	-5,3	X
205	Trier	43,1	41,3	40,6	43,7	X	X	+1,8	-3,0	X
259	Stuttgart I	39,2	37,3	38,6	42,0	X	X	+1,9	-3,4	X
272	Karlsruhe-Stadt	41,3	35,1	39,4	40,0	X	X	+6,3	-0,5	X
275	Heidelberg	38,7	38,1	38,4	42,9	X	X	+0,6	-4,5	X
Übergang von der SPD an Die Linke.										
085	Berlin-Treptow – Köpenick ...	X	X	33,2	39,3	40,4	30,1	X	-6,1	+10,2

1) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2005.

(Nürnberg-Nord) errang die CSU mit 42,0% das Direktmandat. Lediglich im Wahlkreis 219 (München-Nord) war der Bewerber der CSU nicht erfolgreich, sondern musste dem Bewerber der SPD den Vortritt lassen.

Die GRÜNEN erhielten – wie 2002 – einen Wahlkreissitz, und zwar mit 43,3% im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost).

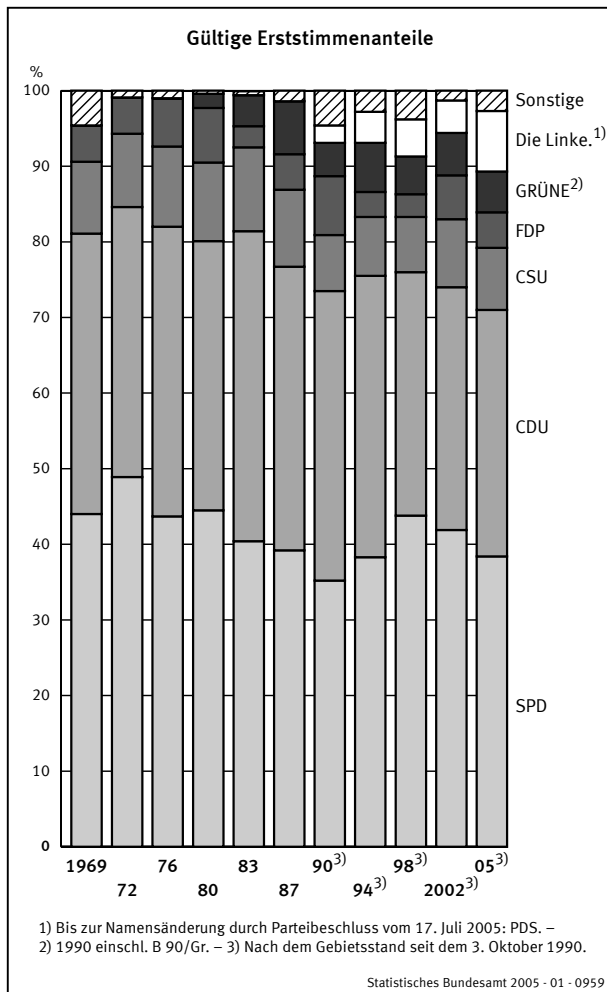
Die Linke konnte bei der Bundestagswahl 2005 drei Wahlkreise, die alle in Berlin liegen, erringen. Im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) vereinigte sie 42,9% der gültigen Erststimmen auf sich. Im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) waren es 42,6% und im Wahlkreis 85 (Berlin-Treptow – Köpenick) reichten dem Kandidaten der Die Linke 40,4% für das Wahlkreismandat.

Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Wie bereits ausgeführt, richtet sich die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen⁸⁾ gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste (§ 7 Bundeswahlgesetz). Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen

8) Eine verbundene Liste ist die Vereinigung von zwei oder mehreren selbstständigen Landeslisten einer politischen Partei. Sie dient der „Sammlung“ möglichst aller für die Partei abgegebenen Zweitstimmen (überregionale Stimmensammlung), um bei der Sitzverteilung eine möglichst gute Ausgangsposition zu haben. Die Möglichkeit der Verbindung der Listen kommt allen Parteien, insbesondere aber Parteien zugute, die in einzelnen Ländern nicht stark genug sind, um aufgrund des Zweitstimmenergebnisses Aussicht zu haben, bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt zu werden. Durch die Listenverbindung werden die sonst unter Umständen erfolglos bleibenden Zweitstimmen „aufgefangen“ (Sammlung der Reststimmen).

Schaubild 2



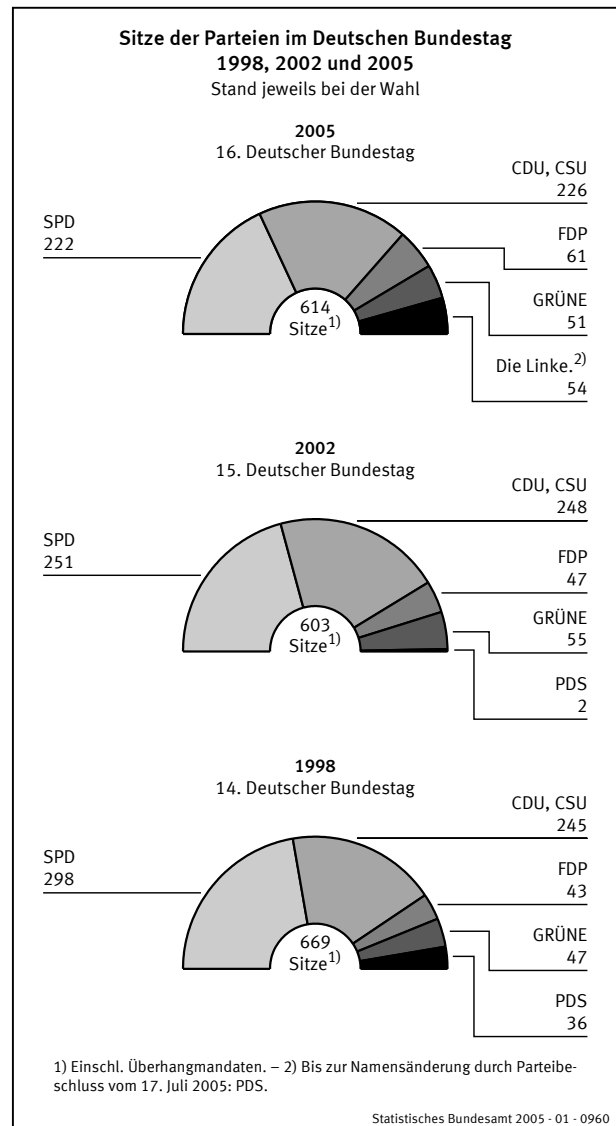
haben („Sperklauseln“). Infolgedessen nahmen an der Sitzverteilung nur SPD, CDU, CSU, GRÜNE, FDP und Die Linke. teil.

Nach dem Bundeswahlgesetz werden die Mandate im Deutschen Bundestag – föderalistischen Prinzipien folgend – entsprechend der Zahl der gültigen Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien verteilt. Dabei findet das Berechnungsverfahren Niemeyer Anwendung. Die Sitzverteilung wurde vom Bundeswahlleiter in drei Stufen vorgenommen:

1. Verteilung der 598 Sitze auf die SPD, CDU, CSU, GRÜNEN, FDP und Die Linke. nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen unter Anwendung des oben genannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich für die

SPD	213 Sitze,
CDU	173 Sitze,
CSU	46 Sitze,
GRÜNE	51 Sitze,
FDP	61 Sitze,
Die Linke.	54 Sitze.

Schaubild 3



- Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf ihre Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel Verteilung der 213 Sitze der SPD auf die Landeslisten der SPD in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg usw.
- Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern errungenen Wahlkreise (Direktmandate) von den Sitzen, die ihr in dem betreffenden Land gemäß der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustehen. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Zuvor waren daher auf den Landeslisten diejenigen Bewerber zu streichen, die auch in einem Wahlkreis kandidiert und über eine Erststimmenmehrheit in ihrem Wahlkreis ein Bundestagsmandat erreicht hatten (siehe die folgende Tabelle 8).

Tabelle 8: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 nach Ländern

Wahljahr Sitze	Deutsch- land	Schles- wig- Hol- stein	Mecklen- burg- Vorpom- mern	Hamb- urg	Nieder- sach- sen	Bremen	Brand- en- burg	Sach- sen- Anhalt	Berlin	Nord- rhein- West- falen	Sach- sen	Hessen	Thürin- gen	Rhein- land- Pfalz	Bayern	Baden- Württem- berg	Saar- land
SPD																	
2005	222	9	4	6	27	2	10	10	8	54	8	16	6	11	24	23	4
Wahlkreis ..	145	5	4	6	25	2	10	10	7	40	3	13	6	5	1	4	4
Landesliste	77	4	-	-	2	-	-	-	1	14	5	3	-	6	23	19	-
2002	251	10	5	6	31	2	10	10	9	60	12	18	9	12	26	27	4
CDU																	
2005	180	8	4	4	21	1	4	5	5	46	14	15	5	12	-	33	3
Wahlkreis ..	106	6	3	-	4	-	-	-	1	24	14	8	3	10	-	33	-
Landesliste	74	2	1	4	17	1	4	5	4	22	-	7	2	2	-	-	3
2002	190	8	4	4	22	1	4	6	6	49	13	17	6	13	-	34	3
CSU																	
2005	46	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46	-	-
Wahlkreis ..	44	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	44	-	-
Landesliste	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
2002	58	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	58	-	-
GRÜNE																	
2005	51	2	1	2	5	1	1	1	3	10	2	5	1	2	7	8	-
Wahlkreis ..	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	50	2	1	2	5	1	1	1	2	10	2	5	1	2	7	8	-
2002	55	2	-	2	5	1	1	1	4	12	2	5	1	2	7	9	1
FDP																	
2005	61	2	1	1	6	-	1	2	2	13	4	5	1	4	9	9	1
Wahlkreis ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	61	2	1	1	6	-	1	2	2	13	4	5	1	4	9	9	1
2002	47	2	1	1	5	-	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
Die Linke.																	
2005	54	1	3	1	3	-	5	5	4	7	8	2	5	2	3	3	2
Wahlkreis ..	3	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	51	1	3	1	3	-	5	5	1	7	8	2	5	2	3	3	2
2002	2	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt																	
2005	614 ¹⁾	22	13	14	62	4	21	23	22	130	36	43	18	31	89	76	10
Wahlkreis ..	299	11	7	6	29	2	10	10	12	64	17	21	9	15	45	37	4
Landesliste	315	11	6	8	33	2	11	13	10	66	19	22	9	16	44	39	6
2002	603 ²⁾	22	10	13	63	4	16	18	23	134	29	44	17	30	95	76	9

1) Einschl. 16 Überhangmandaten: 9 für die SPD (1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt, 1 im Saarland), 7 für die CDU (4 in Sachsen, 3 in Baden-Württemberg). – 2) Einschl. 5 Überhangmandaten: 4 für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt, 1 in Thüringen), 1 für die CDU in Sachsen.

Dieses Verfahren kann dazu führen, dass eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete erhält, als ihr in diesem Land nach dem Zweitstimmenergebnis Sitze zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, ziehen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, dass sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch so genannte „Überhangmandate“ entsprechend erhöht. Sechzehn solcher Überhangmandate gab es bei der Bundestagswahl 2005. Bei der Verteilung der 213 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Hamburg fünf Sitze errang, aber alle sechs Wahlkreissitze gewonnen hatte (1 Überhangmandat),
- in Brandenburg sieben Sitze erhielt, aber alle zehn Wahlkreissitze erreicht hatte (3 Überhangmandate),
- in Sachsen-Anhalt sechs Sitze gewann, allerdings alle zehn Wahlkreissitze errungen hatte (4 Überhangmandate),
- im Saarland drei Landeslistensitze errang, aber alle vier Wahlkreissitze gewonnen hat (1 Überhangmandat).

Bei der Verteilung der 180 Sitze der CDU auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihrem Zweitstimmenergebnis

- in Sachsen Anspruch auf 10 Sitze hatte, jedoch 14 Wahlkreissitze gewonnen hatte (4 Überhangmandate),
- in Baden-Württemberg 30 Sitze gewann, aber 33 Wahlkreissitze errungen hat (3 Überhangmandate).

Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 213 auf 222 und die Gesamtzahl der von der CDU erreichten Sitze von 173 auf 180. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich von 598 auf 614.

Die bei den Bundestagswahlen seit 1949 entstandenen Überhangmandate sind der nebenstehenden Texttafel zu entnehmen.

Von 614 gewählten Abgeordneten sind 195 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: SPD 80, CDU 38, CSU 7, GRÜNE 29, FDP 15 und Die Linke. 26. Ihr Anteil an allen Abgeordneten beträgt 31,8% (Bundestagswahl 2002: 32,2%). Die jüngste Abgeordnete (22 Jahre) im 16. Deutschen Bundestag ist Mitglied der GRÜNEN und der älteste Abgeordnete

Tabelle 9: Abgeordnete im 16. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Abgeordnete	Insgesamt	Alter Ende 2005 von ... bis ... Jahre									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	70 und mehr
SPD											
Abgeordnete	222	2	13	21	25	30	43	54	30	3	1
Anteile in %	100	0,9	5,9	9,5	11,3	13,5	19,4	24,3	13,5	1,4	0,5
Männer	142	2	11	13	15	16	23	33	25	3	1
Frauen	80	0	2	8	10	14	20	21	5	0	0
CDU											
Abgeordnete	180	4	10	12	27	30	34	39	20	4	0
Anteile in %	100	2,2	5,6	6,7	15,0	16,7	18,9	21,7	11,1	2,2	0,0
Männer	142	3	8	9	19	27	33	33	17	4	0
Frauen	38	1	2	3	8	3	12	6	3	0	0
CSU											
Abgeordnete	46	0	5	5	1	5	7	11	11	1	0
Anteile in %	100	0,0	10,9	10,9	2,2	10,9	15,2	23,9	23,9	2,2	0,0
Männer	39	0	4	5	0	4	6	9	10	1	0
Frauen	7	0	1	0	1	1	1	2	1	0	0
GRÜNE											
Abgeordnete	51	2	6	5	6	8	15	8	0	1	0
Anteile in %	100	3,9	11,8	9,8	11,8	15,7	29,4	15,7	0,0	2,0	0,0
Männer	22	1	4	2	1	3	5	5	0	1	0
Frauen	29	1	2	3	5	5	10	3	0	0	0
FDP											
Abgeordnete	61	4	5	6	8	8	11	12	6	1	0
Anteile in %	100	6,6	8,2	9,8	13,1	13,1	18,0	19,7	9,8	1,6	0,0
Männer	46	2	5	6	6	5	6	9	6	1	0
Frauen	15	2	0	0	2	3	5	3	0	0	0
Die Linke.											
Abgeordnete	54	3	4	2	9	11	9	9	4	3	0
Anteile in %	100	5,6	7,4	3,7	16,7	20,4	16,7	16,7	7,4	5,6	0,0
Männer	28	1	2	1	1	4	5	8	4	2	0
Frauen	26	2	2	1	8	7	4	1	0	1	0
Insgesamt											
Abgeordnete	614	15	43	51	76	92	119	133	71	13	1
Anteile in %	100	2,4	7,0	8,3	12,4	15,0	19,4	21,7	11,6	2,1	0,2
Männer	419	9	34	36	42	59	67	97	62	12	1
Frauen	195	6	9	15	34	33	52	36	9	1	0

Jahr der Bundestagswahl	Land	Anzahl der Überhangmandate	Partei
1949	Bremen	1	SPD
	Baden-Württemberg	1	CDU
1953	Schleswig-Holstein	2	CDU
	Hamburg	1	DP
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU
1961	Schleswig-Holstein	4	CDU
	Saarland	1	CDU
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD
1983	Hamburg	1	SPD
	Bremen	1	SPD
1987	Baden-Württemberg	1	CDU
1990	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	3	CDU
	Thüringen	1	CDU
1994	Baden-Württemberg	2	CDU
	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	CDU
	Thüringen	3	CDU
	Sachsen	3	CDU
	Bremen	1	SPD
	Brandenburg	3	SPD
1998	Hamburg	1	SPD
	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	SPD
	Brandenburg	3	SPD
	Sachsen-Anhalt	4	SPD
	Thüringen	3	SPD
2002	Hamburg	1	SPD
	Sachsen-Anhalt	2	SPD
	Thüringen	1	SPD
	Sachsen	1	CDU
2005	Hamburg	1	SPD
	Brandenburg	3	SPD
	Sachsen-Anhalt	4	SPD
	Saarland	1	SPD
	Sachsen	4	CDU
	Baden-Württemberg	3	CDU

(73 Jahre) gehört der SPD-Fraktion an. Die Altersstruktur der neu gewählten Abgeordneten ergibt sich aus Tabelle 9. [L](#)

Endgültige Wahlbeteiligung und Ver
Zweit

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin
Wahlberechtigte	Anz.	2005	61 870 711	2 198 777	1 418 790	1 230 717	6 083 041	486 475	2 128 352	2 088 108	2 438 902
	Anz.	2002	61 432 868	2 172 756	1 412 019	1 221 783	6 035 170	484 493	2 101 025	2 108 941	2 442 795
Wähler	Anz.	2005	48 044 134	1 739 113	1 010 887	954 153	4 828 902	367 282	1 594 983	1 481 671	1 887 397
	Anz.	2002	48 582 761	1 753 226	996 580	972 418	4 886 327	382 009	1 547 957	1 451 093	1 896 316
Wahlbeteiligung	%	2005	77,7	79,1	71,2	77,5	79,4	75,5	74,9	71,0	77,4
	%	2002	79,1	80,7	70,6	79,6	81,0	78,8	73,7	68,8	77,6
Ungültige Zweitstimmen	Anz.	2005	756 146	24 004	19 168	10 789	61 254	5 361	27 369	31 092	30 761
	Anz.	2002	586 281	18 267	23 485	8 980	40 094	4 385	21 451	20 503	24 183
	%	2005	1,6	1,4	1,9	1,1	1,3	1,5	1,7	2,1	1,6
	%	2002	1,2	1,0	2,4	0,9	0,8	1,1	1,4	1,4	1,3
Gültige Zweitstimmen .	Anz.	2005	47 287 988	1 715 109	991 719	943 364	4 767 648	361 921	1 567 614	1 450 579	1 856 636
	Anz.	2002	47 996 480	1 734 959	973 095	963 438	4 846 233	377 624	1 526 506	1 430 590	1 872 133
SPD	Anz.	2005	16 194 665	655 361	314 830	365 546	2 058 174	155 366	561 689	474 909	637 674
	Anz.	2002	18 488 668	743 838	405 415	404 738	2 318 625	183 368	707 871	618 016	685 170
	%	2005	34,2	38,2	31,7	38,7	43,2	42,9	35,8	32,7	34,3
	%	2002	38,5	42,9	41,7	42,0	47,8	48,6	46,4	43,2	36,6
CDU	Anz.	2005	13 136 740	624 510	293 316	272 418	1 599 947	82 389	322 400	357 663	408 715
	Anz.	2002	14 167 561	625 100	294 746	270 318	1 673 495	92 774	339 868	415 486	484 017
	%	2005	27,8	36,4	29,6	28,9	33,6	22,8	20,6	24,7	22,0
	%	2002	29,5	36,0	30,3	28,1	34,5	24,6	22,3	29,0	25,9
CSU	Anz.	2005	3 494 309	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	2002	4 315 080	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	7,4	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-
GRÜNE	Anz.	2005	3 838 326	144 712	39 379	140 751	354 853	51 600	80 253	59 146	254 546
	Anz.	2002	4 110 355	162 425	34 180	156 010	353 644	56 632	68 765	48 574	274 008
	%	2005	8,1	8,4	4,0	14,9	7,4	14,3	5,1	4,1	13,7
	%	2002	8,6	9,4	3,5	16,2	7,3	15,0	4,5	3,4	14,6
FDP	Anz.	2005	4 648 144	173 320	62 049	84 593	426 341	29 329	107 736	117 155	152 157
	Anz.	2002	3 538 815	139 417	52 816	65 574	342 990	25 306	88 685	108 267	124 004
	%	2005	9,8	10,1	6,3	9,0	8,9	8,1	6,9	8,1	8,2
	%	2002	7,4	8,0	5,4	6,8	7,1	6,7	5,8	7,6	6,6
Die Linke.	Anz.	2005	4 118 194	78 755	234 702	59 463	205 200	30 570	416 359	385 422	303 630
	Anz.	2002	1 916 702	22 579	158 823	20 253	50 380	8 443	263 228	206 129	212 642
	%	2005	8,7	4,6	23,7	6,3	4,3	8,4	26,6	26,6	16,4
	%	2002	4,0	1,3	16,3	2,1	1,0	2,2	17,2	14,4	11,4
Offensive D	Anz.	2005	3 338	-	-	-	-	-	-	3 338	-
	Anz.	2002	400 476	26 294	16 049	40 309	43 165	6 406	26 107	-	34 481
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,2
	%	2002	0,8	1,5	1,6	4,2	0,9	1,7	1,7	-	1,8
REP	Anz.	2005	266 101	-	-	-	-	-	-	4 825	9 947
	Anz.	2002	280 671	2 442	2 876	1 201	13 972	940	-	-	12 768
	%	2005	0,6	-	-	-	-	-	-	0,3	0,5
	%	2002	0,6	0,1	0,3	0,1	0,3	0,2	-	-	0,7
NPD	Anz.	2005	748 568	17 061	34 747	9 463	59 744	5 341	50 280	36 970	29 070
	Anz.	2002	215 232	4 701	8 190	1 956	12 905	1 801	23 271	14 296	11 260
	%	2005	1,6	1,0	3,5	1,0	1,3	1,5	3,2	2,5	1,6
	%	2002	0,4	0,3	0,8	0,2	0,3	0,5	1,5	1,0	0,6
Die Tierschutzpartei ...	Anz.	2005	110 603	-	-	6 864	27 404	-	-	-	-
	Anz.	2002	159 655	-	-	-	17 538	-	-	13 950	-
	%	2005	0,2	-	-	0,7	0,6	-	-	-	-
	%	2002	0,3	-	-	-	0,4	-	-	1,0	-
GRAUE	Anz.	2005	198 601	-	6 766	-	16 910	3 847	14 847	-	35 119
	Anz.	2002	114 224	4 313	-	-	7 258	1 954	8 711	5 872	15 910
	%	2005	0,4	-	0,7	-	0,4	1,1	0,9	-	1,9
	%	2002	0,2	0,2	-	-	0,1	0,5	0,6	0,4	0,8

teilung der gültigen Stimmen nach Ländern
stimmen

Nordrhein-Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Baden-Württemberg	Saarland	Einheit	Jahr	Gegenstand der Nachweisung
13 257 047	3 561 357	4 366 988	1 957 755	3 084 171	9 222 560	7 529 193	818 478	Anz.	2005	Wahlberechtigte
13 179 091	3 571 995	4 344 854	1 965 378	3 051 076	9 101 493	7 418 781	821 218	Anz.	2002	
10 385 230	2 695 532	3 437 326	1 477 829	2 427 981	7 181 842	5 923 917	650 089	Anz.	2005	Wähler
10 581 411	2 632 297	3 480 327	1 470 341	2 441 460	7 416 233	6 017 608	657 158	Anz.	2002	
78,3	75,7	78,7	75,5	78,7	77,9	78,7	79,4	%	2005	Wahlbeteiligung
80,3	73,7	80,1	74,8	80,0	81,5	81,1	80,0	%	2002	
139 199	47 468	77 410	27 052	50 642	86 536	101 470	16 571	Anz.	2005	Ungültige Zweitstimmen
108 851	45 197	66 004	20 642	38 674	53 619	77 749	14 197	Anz.	2002	
1,3	1,8	2,3	1,8	2,1	1,2	1,7	2,5	%	2005	
1,0	1,7	1,9	1,4	1,6	0,7	1,3	2,2	%	2002	
10 246 031	2 648 064	3 359 916	1 450 777	2 377 339	7 095 306	5 822 447	633 518	Anz.	2005	Gültige Zweitstimmen
10 472 560	2 587 100	3 414 323	1 449 699	2 402 786	7 362 614	5 939 859	642 961	Anz.	2002	
4 096 112	649 807	1 197 762	432 778	822 074	1 806 548	1 754 834	211 201	Anz.	2005	SPD
4 499 388	861 685	1 355 496	578 726	918 736	1 922 551	1 989 524	295 521	Anz.	2002	
40,0	24,5	35,6	29,8	34,6	25,5	30,1	33,3	%	2005	
43,0	33,3	39,7	39,9	38,2	26,1	33,5	46,0	%	2002	
3 524 351	795 316	1 131 496	372 435	877 632	–	2 283 085	191 067	Anz.	2005	CDU
3 675 732	868 167	1 266 054	426 162	967 011	–	2 543 789	224 842	Anz.	2002	
34,4	30,0	33,7	25,7	36,9	–	39,2	30,2	%	2005	
35,1	33,6	37,1	29,4	40,2	–	42,8	35,0	%	2002	
–	–	–	–	–	3 494 309	–	–	Anz.	2005	CSU
–	–	–	–	–	4 315 080	–	–	Anz.	2002	
–	–	–	–	–	49,2	–	–	%	2005	
–	–	–	–	–	58,6	–	–	%	2002	
782 551	126 850	340 288	69 976	172 900	559 941	623 091	37 489	Anz.	2005	GRÜNE
930 684	119 530	366 032	61 799	190 645	562 483	676 342	48 602	Anz.	2002	
7,6	4,8	10,1	4,8	7,3	7,9	10,7	5,9	%	2005	
8,9	4,6	10,7	4,3	7,9	7,6	11,4	7,6	%	2002	
1 024 924	269 623	392 123	115 009	278 945	673 817	693 835	47 188	Anz.	2005	FDP
978 841	187 759	280 927	84 882	223 761	332 675	461 801	41 110	Anz.	2002	
10,0	10,2	11,7	7,9	11,7	9,5	11,9	7,4	%	2005	
9,3	7,3	8,2	5,9	9,3	4,5	7,8	6,4	%	2002	
529 967	603 824	178 913	378 340	132 154	244 701	219 105	117 089	Anz.	2005	Die Linke.
125 446	418 329	45 891	245 789	24 099	49 515	56 156	9 000	Anz.	2002	
5,2	22,8	5,3	26,1	5,6	3,4	3,8	18,5	%	2005	
1,2	16,2	1,3	17,0	1,0	0,7	0,9	1,4	%	2002	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	Offensive D
70 993	31 565	22 381	18 298	13 755	16 809	27 878	5 986	Anz.	2002	
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
0,7	1,2	0,7	1,3	0,6	0,2	0,5	0,9	%	2002	
35 390	13 112	27 926	9 966	26 340	73 619	64 976	–	Anz.	2005	REP
40 669	26 190	26 433	11 348	23 450	50 118	65 462	2 802	Anz.	2002	
0,3	0,5	0,8	0,7	1,1	1,0	1,1	–	%	2005	
0,4	1,0	0,8	0,8	1,0	0,7	1,1	0,4	%	2002	
80 512	126 701	41 380	52 988	31 012	95 196	66 644	11 459	Anz.	2005	NPD
25 883	36 814	12 613	13 572	10 321	16 796	16 404	4 449	Anz.	2002	
0,8	4,8	1,2	3,7	1,3	1,3	1,1	1,8	%	2005	
0,2	1,4	0,4	0,9	0,4	0,2	0,3	0,7	%	2002	
49 549	–	26 786	–	–	–	–	–	Anz.	2005	Die Tierschutzpartei
38 146	–	18 720	–	19 324	24 486	27 491	–	Anz.	2002	
0,5	–	0,8	–	–	–	–	–	%	2005	
0,4	–	0,5	–	0,8	0,3	0,5	–	%	2002	
37 135	–	15 213	13 617	–	22 380	28 430	4 337	Anz.	2005	GRAUE
22 199	14 751	6 431	5 989	–	7 268	10 144	3 424	Anz.	2002	
0,4	–	0,5	0,9	–	0,3	0,5	0,7	%	2005	
0,2	0,6	0,2	0,4	–	0,1	0,2	0,5	%	2002	

noch: Endgültige Wahlbeteiligung und Ver
Zweit

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin
PBC	Anz.	2005	108 605	-	2 981	-	11 107	1 083	-	-	-
	Anz.	2002	101 645	3 850	-	-	9 246	-	-	-	3 033
	%	2005	0,2	-	0,3	-	0,2	0,3	-	-	-
	%	2002	0,2	0,2	-	-	0,2	-	-	-	0,2
DIE FRAUEN	Anz.	2005	27 497	-	-	-	-	1 452	-	-	8 620
	Anz.	2002	36 832	-	-	2 189	-	-	-	-	7 634
	%	2005	0,1	-	-	-	-	0,4	-	-	0,5
	%	2002	0,1	-	-	0,2	-	-	-	-	0,4
FAMILIE	Anz.	2005	191 842	20 259	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	2002	30 045	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	0,4	1,2	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
BüSo	Anz.	2005	35 649	-	-	-	2 188	-	-	-	3 494
	Anz.	2002	16 958	-	-	890	1 278	-	-	-	1 926
	%	2005	0,1	-	-	-	0,0	-	-	-	0,2
	%	2002	0,0	-	-	0,1	0,0	-	-	-	0,1
BP	Anz.	2005	35 543	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	2002	9 379	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
ZENTRUM	Anz.	2005	4 010	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	2002	3 127	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutschland	Anz.	2005	9 643	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
AGFG	Anz.	2005	21 350	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
APPD	Anz.	2005	4 233	-	-	1 319	-	-	-	-	2 914
	%	2005	0,0	-	-	0,1	-	-	-	-	0,2
50Plus	Anz.	2005	10 536	-	-	-	-	-	10 536	-	-
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	0,7	-	-
MLPD	Anz.	2005	45 238	1 131	2 949	441	1 911	283	3 514	5 412	1 254
	%	2005	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,1	0,2	0,4	0,1
Die PARTEI	Anz.	2005	10 379	-	-	2 506	-	-	-	-	7 873
	%	2005	0,0	-	-	0,3	-	-	-	-	0,4
PSG	Anz.	2005	15 605	-	-	-	-	-	-	-	1 623
	%	2005	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Pro DM	Anz.	2005	10 269	-	-	-	3 869	661	-	5 739	-
	%	2005	0,0	-	-	-	0,1	0,2	-	0,4	-
CM	Anz.	2002	15 440	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
HP	Anz.	2002	2 485	-	-	-	-	-	-	-	1 337
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Übrige ¹⁾	Anz.	2002	73 130	-	-	-	1 737	-	-	-	3 943
	%	2002	0,2	-	-	-	0,0	-	-	-	0,2

1) Übrige Parteien und politische Vereinigungen.

teilung der gültigen Stimmen nach Ländern
stimmen

Nordrhein- Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg	Saarland	Einheit	Jahr	Gegenstand der Nachweisung
16 957	16 549	–	–	9 026	17 482	33 420	–	Anz.	2005	PBC
15 358	15 509	6 983	–	7 721	10 121	29 824	–	Anz.	2002	
0,2	0,6	–	–	0,4	0,2	0,6	–	%	2005	
0,1	0,6	0,2	–	0,3	0,1	0,5	–	%	2002	
–	–	–	–	–	17 425	–	–	Anz.	2005	DIE FRAUEN
9 226	–	–	–	–	7 881	9 902	–	Anz.	2002	
–	–	–	–	–	0,2	–	–	%	2005	
0,1	–	–	–	–	0,1	0,2	–	%	2002	
42 421	–	–	–	25 576	45 396	45 188	13 002	Anz.	2005	FAMILIE
22 820	–	–	–	–	–	–	7 225	Anz.	2002	
0,4	–	–	–	1,1	0,6	0,8	2,1	%	2005	
0,2	–	–	–	–	–	–	1,1	%	2002	
2 607	14 641	2 958	–	–	5 501	4 260	–	Anz.	2005	BüSo
1 561	6 801	1 454	–	–	1 688	1 360	–	Anz.	2002	
0,0	0,6	0,1	–	–	0,1	0,1	–	%	2005	
0,0	0,3	0,0	–	–	0,0	0,0	–	%	2002	
–	–	–	–	–	35 543	–	–	Anz.	2005	BP
–	–	–	–	–	9 379	–	–	Anz.	2002	
–	–	–	–	–	0,5	–	–	%	2005	
–	–	–	–	–	0,1	–	–	%	2002	
4 010	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	ZENTRUM
3 127	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
9 643	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	Deutschland
0,1	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
–	21 350	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	AGFG
–	0,8	–	–	–	–	–	–	%	2005	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	APPD
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	50Plus
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
5 815	3 742	1 725	5 668	1 680	3 448	5 579	686	Anz.	2005	MLPD
0,1	0,1	0,1	0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	%	2005	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	Die PARTEI
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
4 087	6 549	3 346	–	–	–	–	–	Anz.	2005	PSG
0,0	0,2	0,1	–	–	–	–	–	%	2005	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2005	Pro DM
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2005	
4 116	–	2 484	–	–	4 171	4 669	–	Anz.	2002	CM
0,0	–	0,1	–	–	0,1	0,1	–	%	2002	
1 148	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	HP
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
7 223	–	2 424	3 134	3 963	31 593	19 113	–	Anz.	2002	Übrige ¹⁾
0,1	–	0,1	0,2	0,2	0,4	0,3	–	%	2002	